

**„In den Jahren 1939—1942  
wurden vom ehemaligen Aspangbahnhof  
zehntausende österreichische Juden  
in Vernichtungslager transportiert  
und kehrten nicht mehr zurück“**

# **Niemals vergessen!**

## **Nie wieder Faschismus!**

**Mahnwache und Kundgebung  
Montag, 9. November 2015, 18 Uhr**

**Gedenkstein vor dem ehemaligen  
Aspangbahnhof (Platz der Opfer der  
Deportation, 1030 Wien)**

### **Zu dieser Kundgebung rufen auf:**

Abg. z. LT Madeleine Petrovic; Abg. z. NR a. D. Karl Öllinger; Abg. z. NR Albert Steinhäuser; Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG); ARGE Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung; BR Susanne Empacher – Kommunistische Partei Landstraße; Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en; Deserteurs- und Flüchtlingsberatung; Die Grünen Landstraße; Die Grünen Wien; Doron Rabinovici (Republikanischer Club); FSG-Betriebsgruppe der AK Wien; Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB); Grüner Klub im Rathaus; Infoladen Wels; Initiative Aspangbahnhof; Israelitische Kultusgemeinde Wien (IKG Wien); Kommunistische Partei Österreichs – Wien (KPÖ-Wien); KZ-Verband/VdA Bundesverband; Landesverband NÖ KZ-Verband/VdA; Landesverband Wien KZ-Verband/VdA; Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ); Niki Kunrath – Die Grünen Wien; Österreichische KZ-Vereinigung Buchenwald; Peter Menasse – Chefredakteur „Nu“; Pierre Ramus Gesellschaft; Prof. Rudolf Gelbard; Redaktion „Akin“; Republikanischer Club Wien – Neues Österreich; Romano Centro – Verein für Roma; Sozialistische Jugend Wien (SJ-Wien); Sozialistische Linkspartei (SLP); SPÖ – Bezirksorganisation Landstraße; SPÖ – Klub im Wiener Rathaus; SPÖ – Sektion Eurogate; Stv. BV Eva Lachkovic – Die Grünen Landstraße; Unabhängiges Antifaschistisches Personenkomitee Burgenland; Verein GEDENKDIENTST; Verein Steine des Gedenkens für die Opfer der Shoa; Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS)



# Niemals vergessen!

## Woran gedenken wir am 9. November?

Schon in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938, also anlässlich des Einmarsches der deutschen Wehrmacht in Österreich, begannen Ausschreitungen gegen Jüdinnen und Juden in Österreich. Viele wurden von SA- und HJ-Leuten wie von „einfachen“ Parteimitgliedern, die sich ihre Hakenkreuzbinden und Orden angeheftet haben, verhaftet, geschlagen und öffentlich gedemütigt. Fensterscheiben wurden eingeschlagen. Juden und Jüdinnen wurden gezwungen Parolen, welche Anhänger des austrofaschis-



Der Gedenkstein vor dem ehemaligen Aspangbahnhof

tischen Bundeskanzlers Schuschnigg am Vorabend des „Anschlusses“ auf Wände und Gehsteige geschrieben haben mit Reib- und Zahnbürsten gewaschen. Wiewohl mancher der Schaulustigen ihre Bekannten und FreundInnen unter den Gedemütigten erkannt haben mußte, hat niemand den Mut aufgebracht zu protestieren – was zu diesem Zeitpunkt sowohl möglich als auch sinnvoll hätte sein können. Mit diesen Erniedrigungen begann die systematische Diskriminierung der österreichischen Juden und Jüdinnen. Umso heftiger als im „Altreich“, weil in Österreich die Entwicklung, die in Deutschland fünf Jahre gedauert hatte, in kürzester Zeit über die Betroffenen hereingebrochen ist.

Etwa 200.000 ÖsterreicherInnen wurden nach den „Nürnberger Rassengesetzen“ zu „Juden“ erklärt, wobei etwa 180.000 von ihnen tatsächlich der jüdischen Religion angehörten. Die Nazis begannen mit Berufsverboten und Ausbildungsbeschränkungen, Juden und Jüdinnen wurden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Das erste Ziel war es, die jüdische Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben zu drängen. Dann sollte ihr die wirtschaftliche Lebensgrundlage entzogen und nicht zuletzt: gleich ob Arm,

ob Reich, ihr gesamtes Vermögen geraubt werden und dieses zumindest nach Willen der Nazi-Granden in die Kassen des „Dritten Reiches“ fließen – obwohl sich auch manch anderer dabei „bedient“ hatte.

Adolf Eichmann, ein strebsamer Biedermann im Dienste des Sicherheitsdienstes (SD) der SS, wurde nach Wien beordert, um die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ aufzubauen. „Auswanderung“ hieß die Beschönigung für das Vorhaben der Nazis, möglichst viele Jüdinnen und Juden aus Österreich zu vertreiben. Doch davor sollte sichergestellt werden, daß diese nicht mehr als die notwendigsten Habseligkeiten mit sich nehmen konnten, der gesamte übrige Besitz wurde beschlagnahmt.

Trotz des stetig zunehmenden Terrors durch die Nazis konnten und wollten viele die Heimat nicht Hals über Kopf verlassen. Besonders älteren Menschen fiel das schwer.

Die führenden Nazis hatten schon lange auf einen Anlaß gewartet, die JüdInnenverfolgung zu verschärfen. Sie brauchten einen Vorwand, mit dem sie diese v. a. auch gegenüber dem Ausland rechtfertigen und gegenüber der eigenen Bevölkerung die Akzeptanz dafür erhöhen konnten.

## Der 9. November 1938 – die Bedeutung des Novemberpogroms

Der 17-jährige Herschel Grynszpan schoß am 7. November in Paris als Protest gegen die JüdInnenverfolgung auf den deutschen Diplomaten Ernst v. Rath, nachdem seine Eltern und Geschwister aus Deutschland nach Polen abgeschoben worden waren. Nachdem Rath kurz später starb, organisierte Joseph Goebbels am 9. November 1938 eine reichsweite Aktion gegen die jüdische Bevölkerung, welche als „spontaner Ausbruch des Volkszorns“ getarnt wurde.

Diese Aktion wurde wegen der gelegten Feuer, welche sich in den zerbrochenen Fensterscheiben wie „Kristalle“ spiegelten beschönigend „Reichskristallnacht“ genannt. Diese Nacht dauerte tatsächlich mehrere Tage und Nächte. Nun wurden tausende jüdische Wohnungen und Geschäfte geplündert, zerstört und „arisiert“. 42 Synagogen und Bethäuser wurden in Brand gesteckt und verwüstet. Nicht nur in Wien, auch in den kleineren österreichischen Städten wie Innsbruck kam es zu blutigen Übergriffen. Zahlreiche Menschen starben in Österreich während des und nach dem Novemberpogrom an den Folgen der Mißhandlungen oder nahmen sich aus Verzweiflung das Leben.

6547 Jüdinnen und Juden wurden in Wien im Zuge des Novemberpogroms verhaftet, 3700 davon ins KZ Dachau deportiert. Und: Die jüdische Bevöl-

kerung wurde dazu verpflichtet für alle Schäden des gegen sie gerichteten Pogroms aufzukommen!

Das Novemberpogrom war der entscheidende Schritt, die begonnenen Entrechtungs- und Beraubungsmaßnahmen gegen Juden und Jüdinnen zu vollenden. Es war aber auch eine Art „Testlauf“ der Nazis, wieviel JüdInnenverfolgung der Bevölkerung zuzumuten sei, ohne daß es zu nennenswertem Widerstand dagegen kommt.

## Der Aspangbahnhof

Mit dem deutschen Überfall auf Polen begann offiziell der 2. Weltkrieg in Europa. Zu diesem Zeitpunkt lebten noch etwa 70.000 Jüdinnen und Juden in Wien. Alle verbliebenen österreichischen Jüdinnen und Juden waren mittlerweile nach Wien geschickt worden. Dort lebten sie zusammengepfercht in Sammelwohnungen und -lager, unter schlechten Bedingungen und schlecht versorgt. Sie wurden registriert und mußten ab September 1941 einen gelben Davidstern tragen, wie auch die noch von Jüdinnen und Juden bewohnten Wohnungen mit einem solchen gekennzeichnet wurden, um den Behörden die Verfolgung bzw. Aushebung für die Deportationen zu erleichtern.

Die ersten Deportationen sollten noch dem zumindest vorgeblichen Ziel dienen, deutsche bzw. österreichische Jüdinnen und Juden in einem „Judenreservat“ in Polen anzusiedeln. Dieser Plan wurde aber nie verwirklicht.

Im Frühjahr 1941 forderte der neue Gauleiter von Wien, Baldur von Schirach, die Deportationen wieder aufzunehmen, um die verbliebenen jüdischen Wohnungen „freimachen“ zu können. Juden und Jüdinnen wurden erfaßt und registriert und in der Folge Listen für die Deportationen zusammengestellt.

Die Deportationen erfolgten vom Aspangbahnhof. Diese wurden zuerst mit normalen Personenwaggons der 3. Klasse, später dann mit Viehwaggons, durchgeführt und „nur“ von normaler Polizei bewacht, nicht von der SS. Zum einen wollten die Nazis wohl die Illusion einer „Auswanderung“ für die Betroffenen und die beobachtende Bevölkerung aufrecht erhalten, zum andern rechneten sie nicht mit nennenswertem Widerstand durch die Betroffenen, weil viele der aus Wien Deportierten ältere Menschen bzw. Frauen waren. Die Opfer der ersten Deportationen im Jahr 1941 wurden auf die Ghettos im besetzten Rest-Polen aufgeteilt. Arbeitsfähige kamen meist in die Zwangsarbeitslager der SS. Die meisten dieser am Anfang 1941 Deportierten sollten im Frühjahr und Sommer 1942 „Auskämmaktionen“ der SS zum Opfer fallen oder wurden zusammen mit den polnischen Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager gebracht. Tausende österreichische Juden und Jüdinnen wurden in Lagern wie Maly Trostinez massenhaft erschossen oder in Gaswagen ermordet.

Später führten die Deportationszüge vom Aspangbahnhof in das Ghetto Theresienstadt in der Nähe



von Prag, von wo aus die Züge Richtung Vernichtungslager Treblinka, Sobibor, Auschwitz bzw. Auschwitz/Birkenau gingen, welche mittlerweile schon mit riesigen Gaskammern ausgestattet waren. Mit dem Zweck möglichst viele Menschen in möglichst kurzer Zeit und – für die Mörder – möglichst „schonend“ umzubringen.

Unterdessen wurden auch österreichische Roma und Sinti (sie wurden zuerst als „Asoziale“, später als „Zigeuner“ verfolgt) von der Kriminalpolizei bzw. Gestapo beraubt und in den Lagern Lackenbach/Burgenland, Maxglan/Salzburg und St. Pantaleon/OÖ interniert. Sie wurden immer wieder zu Zwangsarbeit herangezogen. Etwa 5000 Roma und Sinti, in der Regel ganze Familien, wurden 1941 in das Ghetto Lodz deportiert und letztlich im Vernichtungslager Kulmhof/Chelmo ermordet. Ein großer Teil der verbliebenen Roma und Sinti aus Österreich wurde nach Auschwitz/Birkenau gebracht und ermordet, nur wenige überlebten. Bei der Befreiung des Lagers Lackenbach durch die Rote Armee waren dort noch höchstens 400 Häftlinge.

Nach 40 großen und vielen kleineren Transporten aus Wien lebten von 200.000 österreichischen Jüdinnen und Juden 1945 noch etwa 5000 in Wien. Sogar noch in den letzten Tagen der Kämpfe um Wien übte eine SS-Einheit ein Massaker an neun hier verbliebenen Juden.

15 bis 20.000 österreichische Jüdinnen und Juden, welche sich nach der Flucht in die Tschechoslowakei, nach Belgien und Frankreich schon in Sicherheit geglaubt haben, fielen nach der Eroberung dieser Länder durch die deutsche Wehrmacht ihren Mördern in die Hände.

6 Millionen europäische Juden und Jüdinnen sind der Shoa, auch „Holocaust“ genannt, zum Opfer gefallen, mindestens 65.500 davon stammten aus Österreich. Diese Zahl ist eine Mindestzahl, da viele Ermordete namenlos oder auch „staatenlos“ waren und deshalb nicht als österreichische StaatsbürgerInnen erfasst wurden. Von den 11 bis 12.000 österreichischen „Zigeunern“ wurden zwischen 1938 und 1945 schätzungsweise 9500 ermordet, etwa 2000 überlebten die Deportationen. Zudem sind zigtausende „Erbkranke“ (Behinderte), „Asoziale“, ZeugInnen Jehovas, ZwangsarbeiterInnen, Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“, Homosexuelle, Kriminelle und politische GegnerInnen bzw. WiderstandskämpferInnen aus Österreich der Mordmaschinerie der Nazis zum Opfer gefallen.

# Nein zu jeglichem Kompromiß mit Rassismus

Es war kein Pogrom, kein regionaler Ausbruch der Volkswut. Die Barbarei mündete im Rechtsstaat und der Rechtsstaat in der Barbarei. Vom 9. bis zum 13. November 1938 währte das Morden. Nicht nur eine Nacht, sondern mehr als drei Tage lang. Die Verfolgung erfaßte alle JüdInnen im ganzen Staat. Das gesamte Reich war Tatort.

Das Wort Kristallnacht verharmlost das Verbrechen. Es kokettiert mit dem schaurig schönen Widerschein von Feuer in den auf der Straße liegenden funkelnden Glasscherben, und selbst die Scheinwerfer, die heute die Synagogen im zweiten Bezirk erleuchten werden, spiegeln nicht wider, was im Grunde geschah. Die Lichtinstallation zeigt, wie viele Synagogen einst hier standen, verwüstet wurden und in Flammen aufgingen. Die Vernichtung richtete sich auch gegen Gotteshäuser. Das Judentum schlechthin sollte zerstört werden. Im November 1938 zündeten die Nazis Synagogen an, verwüsteten jüdische Schulen, zerstörten jüdische Geschäfte, verheerten jüdische Wohnungen, machten jüdische Menschen nieder. Sie griffen Judentum und JüdInnen zugleich an. Wer die JüdInnen deshalb nur als Menschen verteidigt, doch sie zur Aufgabe jüdischer Identität zwingen will, ist bereits Teil einer rassistischen Logik, die beim Ressentiment gegen eine Kultur, gegen eine Religion, gegen eine Nation beginnt und beim Mord des Anderen endet.

Es waren Menschen, die zum Opfer wurden. Auch solche, die nichts mit Synagogen, nichts mit der Thora zu tun hatten, wurden umgebracht. Auch die Läden jener, die nichts mehr von ihrer jüdischen Herkunft wissen wollten, wurden ausgeraubt und verheert.

Wien war anders. In den meisten Städten des „Großdeutschen Reiches“ brannten die Synagogen im November zum ersten Mal. In Wien jedoch waren schon im Oktober die Fensterscheiben mehrerer Synagogen eingeschlagen, Thorarollen geschändet, einzelne Bethäuser zerstört und der große Tempel im 2. Bezirk angezündet worden. Auf den Punkt gebracht kann gesagt werden; während im März 1938 der „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich erfolgte, wurde mit dem Novemberpogrom 1938 der Anschluß des „Altreichs“ an die „ostmärkische Judenpolitik“ vollzogen.

Das Novemberpogrom beendete alle Hoffnungen. Es würde nichts wieder gut werden. Es gab kein Entrinnen. Die

JüdInnen saßen in der Falle. Das ganze Reich war Feindesland geworden. Der Novemberpogrom war der Auftakt zum Massenmord.

Wir wissen heute: Der Antisemitismus, religiös oder rassistisch, hätte nicht notwendigerweise nach Auschwitz führen müssen, doch der Antisemitismus – nicht nur der rassistische, sondern auch der kirchliche, auch der soziale – war notwendig, um nach Auschwitz zu gelangen. Es gibt keinen einzigen Grund, um antisemitisch zu sein, aber es gibt keinen Antisemitismus, der sich seinen Grund nicht erfinden kann. Wer JüdInnen hassen will, braucht keinen Grund, aber wer JüdInnen hassen will, findet sich schon noch einen Grund.

Das ist die Lehre aus der Geschichte der Vernichtung: Das pauschale Ressentiment gegen JüdInnen, gegen die jüdische Religion, gegen die jüdische Nation, ja, gegen den Judenstaat, gegen jüdische Riten ist – zumal hierzulande – ein Spiel mit dem Feuer. Wohl gemerkt; ich rede nicht von politischer Kritik, die nicht eingeschränkt werden darf, sondern gegen eine historische Ignoranz, die keine Differenzierung will, sondern nur die Aggression. Ich sage nicht, es sollte nicht über alles gestritten werden können. Wer sich allerdings etwa um die jüdische Vorhaut Sorgen macht, sollte zumindest nicht vergessen, vor nicht allzu langer Zeit ging es um die ganze nackte Haut der JüdInnen selbst.

In vielen Ländern Europas, nicht nur in Österreich oder Frankreich, sind rechtsextreme RassistInnen auf dem Vormarsch. In Ungarn, in Griechenland und anderen Staaten hetzen sie gegen JüdInnen, gegen MuslimInnen, gegen Roma, gegen AfrikanerInnen und gegen Homosexuelle. Im Jahr 2012 veröffentlichte der Führer der Freiheitlichen, H. C. Strache, eine Karikatur auf Facebook, die einen Bankier in antisemitischer Manier darstellte. Nicht nur Strache und seine AnhängerInnen hatten kein Problem mit dieser Stürmerzeichnung. Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen ein, da – so die ignorante Ausrede – sich dieses Cartoon nur gegen die Regierung gerichtet hätte. In diesem Sommer fanden – anlässlich des Krieges in Gaza – in Europa antisemitische Demonstrationen statt. Synagogen wurden angegriffen, JüdInnen wurden attackiert.

All das läßt sich nicht mit dem gleichsetzen, was damals geschah und weswegen wir heute hier stehen. Die

Regierungen verurteilten sofort alle Ausschreitungen. Die JüdInnen in Europa werden nicht verfolgt. Im Gegenteil: Ihre Gemeinden genießen einen Aufschwung. Sie sind selbstbewußt. Aber der Antisemitismus ist eine Gefahr für die geistige Verfaßtheit der Europäischen Union.

Nach Auschwitz wissen wir, wie tödlich Rassismus werden kann. Nach dem Novemberpogrom wissen wir, wie schnell ein Gewaltausbruch in dem verwalteten Massenmord mündet. Keiner kann nun sagen, es nicht geahnt und es nicht gewußt zu haben. Genozid ist kein Wort der Vergangenheit. Was etwa in Ruanda geschah, war Genozid.

Die Hetze gegen JüdInnen, die Verbreitung der antisemitischen „Weisen von Zion“ ist in manchen Ländern der Erde auf der Tagesordnung. Der Haß auf alles Jüdische wird auch hierzulande gepredigt. In dieser Stadt gibt es wieder Geistliche, die offen gegen JüdInnen sprechen. Nicht weit von hier erklärte etwa Adnan Ibrahim, die JüdInnen seien verflucht.

Wichtig ist wegen solcher Imame nicht einen Generalverdacht gegen den Islam und die MuslimInnen schlechthin zu wenden. Im Gegenteil: Es gilt gegen antimuslimische Agitation aufzutreten, als gäbe es nicht auch Antisemitismus unter MuslimInnen, und es gilt gleichzeitig, den Antisemitismus unter IslamistInnen zu bekämpfen, als gäbe es keine Islamophobie. RassistInnen können keine FreundInnen sein, selbst wenn sie sich als FeindInnen der FeindInnen gerieren. Die Propaganda der freiheitlichen Rechtsextremen gegen MuslimInnen ist nicht weniger rassistisch, weil es auch muslimische RassistInnen gibt. Die Freiheitlichen rüsten schon für den nächsten Wahlkampf. Wer des Novemberpogroms gedenkt, muß ihre antimuslimische Hetze bekämpfen.

Eine Koalition, die eingedenk des Novemberpogroms handelt, muß eine gegen jeglichen Rassismus sein. Eine Koalition, die nicht nach unterschiedlicher Herkunft, sondern nach gemeinsamer Zukunft fragt. Eine Koalition, die Gleichberechtigung nicht mit Gleichgültigkeit vertauscht. Unsere Erinnerung an das Novemberpogrom ist keine Erinnerung aus der Vergangenheit, sondern eine aus der unmittelbaren Gegenwart, für die Gegenwart. Diese Erinnerung spricht zu uns und sagt „Nein zu jeglichem Kompromiß mit Rassismus.“

*Doron Rabinovici (Republikanischer Club – Neues Österreich)*